

Ist das Zwei-Prozent-Ziel der NATO sinnvoll?

Hellmut Hoffmann

Das beim NATO-Gipfel im Dezember 2019 bekräftigte Ziel der Steigerung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), die Ausgaben Deutschlands lagen 2019 bei 1,2 Prozent, wird unter Verweis auf „aggressive Handlungen Russlands“ hinsichtlich der Krim und der Ostukraine begründet. Sie werden als Indizien für eine Bedrohung des westlichen Bündnisses gedeutet. Weitere Argumente sind: eine faire Lastenteilung im Rahmen der NATO sowie Mängel in Ausstattung und damit Kampfkraft der Bundeswehr, was mit dem Anliegen der Übernahme stärkerer internationaler Verantwortung seitens der Bundesrepublik nicht zu vereinbaren sei. Bei näherer Betrachtung springen jedoch Eigentümlichkeiten ins Auge, die im öffentlichen Diskurs kaum vorkommen:

Erstens die Bedrohungsperzeption: Wäre es nicht angemessener, Russlands völkerrechtswidrige Intervention auf der Krim und sein Agieren in der Ostukraine als Spätfolgen des Zerfalls der Sowjetunion und als Ausfluss einer im Gefolge der NATO-Osterweiterungspolitik immer mehr gesteigerten russischen Einkreisungsperzeption bzw. -paranoia zu begreifen? Also nicht als Belege für aggressive Absichten oder gar Pläne gegenüber NATO-Mitgliedsstaaten, denen mit dem atavistischen Reaktionsmuster „Aufrüstung“ beizukommen wäre. Die Ängste der östlichen NATO-Staaten sind verständlich, aber nicht notwendigerweise ein guter Ratgeber für das wichtige Ziel, im Interesse der europäischen Sicherheit ein stabil-positives Verhältnis mit Russland herzustellen. Dem französischen Staatspräsident Macron, der nicht in Russland, sondern im internationalen Terrorismus den „Feind der NATO“ sieht, kommt das Verdienst zu, dies wieder ins Bewusstsein gerückt zu haben. Die deutsche Außenpolitik ist leider nicht auf seine Anregung eingegangen, den russischen Vorschlag von Gesprächen über ein Moratorium bezüglich der ursprünglich vom INF-Vertrag verbotenen Mittelstreckenraketen zur Geltendmachung europäischer Interessen aufzugreifen. Das ist im Hinblick auf die von Brandt, Schmidt, Genscher und Kohl geprägte außenpolitische Tradition schwer nachvollziehbar.

Zweitens stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des BIP-Maßstabs. Abgesehen davon, dass niemand genau zu wissen scheint, ob die NATO-Staaten in dessen Berechnung jeweils exakt die gleichen Aufwendungen

einbeziehen. Es ist daher unsicher, ob überhaupt „gleich“ gemessen wird – manche scheinen sich mit ihren Aufwendungen gern größer zu rechnen und andere eher kleiner. Dieser Maßstab hat die bizarre Folge, dass der BIP-Anteil von Verteidigungsausgaben fallen kann, wenn diese tatsächlich absolut steigen, nämlich bei überdurchschnittlichem BIP-Wachstum. Die BIP-Fixierung führt auch dazu, dass die Tatsache, dass manche Staaten für Stabilität, internationale Sicherheit und Friedenserhaltung wesentlich umfangreichere *nichtmilitärische* Leistungen erbringen als andere, im öffentlichen Diskurs kaum präsent ist. Es ist daran zu erinnern, dass sich Deutschland über seine umfangreiche entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Dritten Welt hinaus unter anderem seit dem Fall der Mauer bei der Stabilisierung in Ost- und Südosteuropa finanziell ungewöhnlich stark engagiert hat.

Drittens geht es um die Militärpotenziale: Wenn Russland schon als potenzieller Feind identifiziert wird, sollte die Forderung nach sehr umfangreichen Steigerungen der NATO-Rüstungsausgaben mit Daten zum Umfang von Verteidigungshaushalten und des Besitzes von Hauptwaffensystemen unterlegt werden. Tatsächlich findet man solche Vergleiche nirgends. Der Grund ist ein einfacher: Den vom renommierten Londoner International Institute for Strategic Studies veröffentlichten Daten kann man nämlich entnehmen, dass die NATO eine überaus komfortable Überlegenheit innehat, was auch die Rüstungsausgaben von 2017 veranschaulichen.

Die höchsten Rüstungsausgaben 2017 (in Mrd. US-Dollar)		
NATO		857,6
davon	USA	602,8
	Großbritannien	50,7
	Frankreich	48,6
	Deutschland	41,7
China		150,5
Saudi-Arabien		76,7
Indien		52,5
Japan		46,0
Russland		45,6
Südkorea		35,7

Auch wenn sich das bei Berücksichtigung unterschiedlicher Kaufkraftparitäten etwas verschiebt, ändert sich am generellen Befund nichts.

Viertens verdeutlichen hinsichtlich der Ausstattung der Bundeswehr zahlreiche Negativbeispiele, dass viel stärker daran gearbeitet werden muss,

in der Bundeswehr einen wirtschaftlicheren Einsatz der Mittel sicherzustellen.

Fünftens ist, was die Frage „stärkerer internationaler deutscher Verantwortung“ betrifft, festzustellen: Auch wenn man dafür ist, dass Deutschland mehr Verantwortung übernehmen soll, kann man angesichts der Erfahrungen, die mit bewaffneten Interventionen außerhalb Europas gemacht wurden, so in Somalia, Afghanistan, Irak oder Libyen, Zweifel haben, ob sich verstärkte „Verantwortungsübernahme“ in mehr militärischen Einsätzen manifestieren sollte bzw. wird. Im Gegenteil! Viel spricht dafür, dass Aufgaben wie die Bekämpfung des vom Europäischen Parlament ausgerufenen „Klima- und Umweltnotstandes“, von Armut und Unterentwicklung sowie illegaler Migration im bestverstandenen Eigeninteresse wesentlich dringlicher sind als in diffus-spekulativer Erwartung künftiger militärischer Interventionsszenarien die Rüstungsanstrengungen massiv zu verstärken. Es sei denn, man möchte die Rüstungsindustrie glücklich machen. Ein Aufwuchs der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des BIP, der den deutschen Verteidigungshaushalt zum mit Abstand umfangreichsten Europas machen würde, ist daher nicht sinnvoll, vor allem auch, wenn man Russland nicht zu einem kontraproduktiven Wettrüsten herausfordern will.

Angesichts kostspieliger Auslandseinsätze und der im letzten Jahrzehnt knapp gehaltenen Finanzierung der Bundeswehr erscheint freilich ein maßvoller Aufwuchs im Sinne des von der Bundesregierung für 2024 vorgesehenen Zieles von 1,5 Prozent plausibel, zumal dies der Bündnispflege und der von Macron betonten „strategischen Autonomie“ der EU zugutekäme. Meinungsumfragen belegen, dass in Deutschland eine starke Steigerung von Rüstungsausgaben nur wenig Unterstützung findet. Das mag auch damit zusammenhängen, dass viele sich ein geschärftes Bewusstsein von der dramatisch verbesserten Sicherheitslage in Europa insgesamt bewahrt haben dürften, indem sie sich an noch gar nicht so lang zurückliegende Zeiten erinnern, als die Rote Armee mit 340.000 Soldaten und 4.000 Panzern mitten in Deutschland stand. 🌐

Hellmut Hoffmann, Botschafter a. D.

geb. 1951, 1982–2016 im Auswärtigen Dienst der BRD, darunter Teilnahme an den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa und 2009–2013 Leiter der deutschen Abrüstungsmission in Genf

hoffmann.hellmut@gmx.det

